



Inflation trifft Geringverdiener besonders hart

Bericht: Knud Vetten

Schnitt: Tim Fischer

Kamera: Fabian Thomm

Wir sind auf dem Weg nach Gelsenkirchen. Die Stadt im Ruhrgebiet hat die höchste Arbeitslosenquote: 14,5 Prozent. Hier die Tafel im Zentrum. Eine von sechs Ausgabestellen. Donnerstagmorgen: Die Vorstandsvorsitzende Christine Bartsch nimmt uns mit hinein.

„Guten Morgen!“

Seitdem die Preise steigen, kommen wieder mehr Kunden.

Christine Bartsch

„Hier sitzt unsere Tagesverantwortliche. Hier meldet man sich als Kundin, als Kunde, legt die Karte vor. Dann ist klar, ich bin berechtigt, hier einzukaufen bei der Tafel Gelsenkirchen. Man geht also an seinen vorbestellten Platz und kann sich die Dinge nehmen, die einem bereitet werden.“

Viele sind wegen der frischen Lebensmittel hier, die sind in den letzten Monaten besonders teuer geworden.

Kundin 1

„Ich kann gar nicht mehr einkaufen. Vernünftig.“

Reporter: „Warum?“

„Ja, weil die Preise so gestiegen sind. Ich sage mal Obst Gemüse ist natürlich Wahnsinn. Und wenn man sich da regelmäßig gesund ernähren will, das geht gar nicht mehr.“

Wir treffen auf eine Frau, frisch vom Partner getrennt hat sie nun eine zu teure Wohnung. Und damit unerwartet gestiegene Kosten. Ohne die Tafel wäre die Not groß:

Kundin

„Ich kann genau gucken, was ich mir pro Tag erlauben kann, über dem geht es nicht. Zwischen drei bis fünf Euro im Groben.“

Reporter: „Pro Tag?“

„Pro Tag, wenn überhaupt.“



Dabei hat Corona die Kunden der Tafel schon stark verunsichert. Viele kamen aus Angst vor Ansteckung gar nicht mehr. Dann sind andere hinzugekommen. Die neuen Armen wegen der Pandemie. Und jetzt lösen die steigenden Preise weitere Ängste aus:

Christine Bartsch, Vorstandsvorsitzende Tafel Gelsenkirchen

„Es ist ganz starkes Gesprächsthema, die Sorge die Angst davor. Ist riesengroß. Und man merkt das auch ganz konkret. Im Prinzip ist Gemüse aktuell nicht bezahlbar, kann man fast so sagen. Und das ist natürlich eine unerträgliche Situation.“

Viele Menschen hier sind Hartz-IV-Bezieher. Anfang des Jahres stiegen ihre Bezüge um gerade mal drei Euro, das sind 0,7 Prozent. Ein Bruchteil der Inflation. Wohlfahrtsverbände fordern nun Soforthilfen. Wir kontaktieren die Diakonie. Zuständig in der Abteilung „Sozialpolitik gegen Ausgrenzung und Armut“ ist Michael David.

Michael David, Diakonie Bundesverband

„Wir haben schon zu Beginn der Pandemie gesagt, es müsste eigentlich eine Ausgleichszahlung 100 Euro im Monat passieren, um das was die Pandemie an Mehrkosten gebracht hat, auszugleichen. Jetzt kommt die Inflation oben drauf und das ist umso härter.“

Nach Davids Ansicht sollten Hartz-IV-Bezieher 160 Euro mehr bekommen.

Die Armutsforscherin Irene Becker kritisiert, die Politik hätte in dieser Situation längst handeln müssen:

Ingrid Becker, Armutsforscherin

„Das Bundesverfassungsgericht hat ausgeführt, dass bei außerordentlichen Preissteigerungen der Gesetzgeber zeitnah handeln muss, um zu jedem Zeitpunkt das soziokulturell Existenzminimum zu gewährleisten. Das heißt, er hat explizit gesagt, der Gesetzgeber darf sich da nicht beschränken auf die reguläre Bedarfsanpassung, woraus sich diese 0,7 Prozent ergeben, sondern er muss dann handeln und eine stärkere Anpassung durchsetzen, damit die Menschen über die Runden kommen. Das ist ein Verfassungsauftrag und ich verstehe nicht so ganz, warum die Politik da überhaupt noch nicht handelt.“

Wir fragen beim Bundesarbeitsministerium nach. Es verweist auf die Einmalzahlung von 150 Euro an Bezieher der Grundsicherung im vergangenen Jahr und andere finanzielle Hilfen. Wegen Corona. Keine Rede von einem Inflationsausgleich.

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Ortswechsel: Wir fahren in die Region mit den niedrigsten Löhnen in Deutschland: Im sächsischen Erzgebirgskreis leben prozentual die meisten Geringverdiener. Dazu zählt, wer weniger als 2.284 Euro brutto im Monat verdient.

Im Erzgebirgskreis trifft das 43,2 Prozent der Beschäftigten. Vergleich zu den alten Bundesländern: Dort sind nur 16,4 Prozent Niedriglöhner. Die wenigsten Menschen nahe der Armutsgrenze leben in Wolfsburg: lediglich 6,4 Prozent. Vor unserem Dreh konnten wir Lohnabrechnungen einsehen, die die prekären Zustände in der Region dokumentieren.

Wir sind verabredet mit dem Betriebsrat Tobias Hofmann. Die Inflation treffe die Beschäftigten hart, weil zu wenig gezahlt werde:

Tobias Hofmann, Betriebsrat Aalberts

„Also bei uns und den Kollegen ist es so, wir arbeiten ja am Mindestlohn und über dem Mindestlohn. Aber auch nicht viel. Die Spritpreise steigen. Die Lebensmittelpreise steigen. Die Löhne werden nicht angeglichen. Die meisten arbeiten unter 12 Euro, dem Mindestlohn, der jetzt angedacht ist. Wenn es so kommt im Oktober und das geht halt nicht.“

Tobias Hofmann zufolge trifft das auch auf den Betrieb zu, in dem er arbeitet: die Firma Aalberts in Zwönitz. Sie gehört zu dem gleichnamigen holländischen Konzern.

Der Gewerkschafter Thomas Knabel kennt den Zulieferer der Autoindustrie in Zwönitz. Nach seinen Aussagen lehnte Aalberts bei Verhandlungen einen Tarifvertrag für die Beschäftigten ab. So kommt es dazu, dass qualifizierte Facharbeiter teilweise nur etwa 11 Euro in der Stunde verdienen.

Thomas Knabel, IG-Metall Zwickau

„Also ich würde mutmaßen, ohne es genau sagen zu können, dass es 30 bis 40 Prozent unter dem Tarifniveau ist. Wenn man noch die Frage Arbeitszeit hinzunimmt, wenn man weiß, dass wir in den Flächentarifverträgen auch so etwas wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld haben. All das haben die Kolleginnen und Kollegen nicht. Die Kollegen arbeiten länger als im Flächentarifvertrag vereinbart und kriegen dafür weniger Entgelt. Das ist die Realität. Auf dem Niveau ist es skandalös.“

Verantwortlich im Wirtschafts- und Arbeitsministerium in Sachsen ist der Sozialdemokrat Martin Dulig. Wir haben ihm von den Vorwürfen gegen Aalberts berichtet. Der Minister reagiert verärgert:

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr /SPD

„Niedrige Löhne sind eine Sauerei. Ich finde es nach wie vor unerhört, dass man in Sachsen 700 Euro weniger verdient und 14 Tage länger arbeitet als die Kolleginnen und Kollegen im Westen. Und das über 30 Jahre nach der Deutschen Einheit. Das kann nicht wahr sein. Und von daher: Das ist ein Grundrecht, dass Menschen für ihre Arbeit fair bezahlt werden. Und deshalb diejenigen Unternehmen, die glauben mit niedrigen Löhne ihre Leute zu halten, die sind auf dem Holzweg.“

Wir haben das Unternehmen schriftlich angefragt, was es zu den Anschuldigungen sagt. Auch ein Interview haben wir angeboten. Bis heute Abend kam keine Antwort.

Thomas Knabel beklagt, dass Gewerkschaften im Osten einen niedrigen Organisationsgrad haben. Es gebe kaum Tarifverträge und wenige Betriebsräte. Aber auch dort, wo es sie gibt, sind die steigenden Preise zurzeit ein zentrales Thema:

Thomas Knabel, IG-Metall Zwickau

„Wir haben die Diskussion auch in den Betrieben, wo es ihnen gut geht. Wo sie Tarifverträge haben. Aber dort ist es eine Form von Ungerechtigkeit, was die Kollegen empfinden. Ich glaube, in dem Niedriglohnbereich ist es eine existentielle Frage.“

Zurück in der Gelsenkirchner Tafel. Heute ist auch der Tag für die Neuanmeldungen. Olaf aus der Wischen ist ein Opfer von Corona. Seine Firma ging im September 2020 pleite und er war arbeitslos. Nach einem Jahr fiel er in Hartz-IV – das war vor vier Monaten. Jetzt ein weiterer Abstieg.

Reporter: „Es ist Ihnen schwergefallen, warum machen Sie es trotzdem?“

„Weil ich gesehen habe, es geht nicht mehr anders. Ich sag mal, mach es, ich habe jetzt noch sechs Euro für die nächste Woche. Ich könnte Toastbrot kaufen und mit Margarine belegen. Aber vielleicht geht es auch noch ein bisschen anders.“

Wir besuchen ihn und seine Partnerin zu Hause. Die Beiden sitzen im einzigen Raum in der Wohnung, der zurzeit beheizt wird. Die Heizkosten haben sich verdoppelt. Olaf aus der Wischen zeigt sich optimistisch – trotz der schwierigen Zeit:

Olaf aus der Wischen

„Probleme bewältigen muss man. Ich habe die positive Zuversicht, dass ich noch mal Arbeit bekomme.“

Reporter: „Wie viele Bewerbungen haben Sie schon geschrieben?“

Hinweis: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



„150.“

Reporter: „Was geht einem durch den Kopf, wenn man so viele Bewerbungen schreibt. Die meisten unbeantwortet?“

„Das ist zwar zurzeit traurig, aber ich denke, dass ich da rauskomme. Wenn ich nicht da rauskomme, werde ich den Kopf nicht hängen lassen.“

Gestern hat er uns überraschend angerufen. Er habe gerade einen Arbeitsvertrag unterschrieben, sagt er. Am 1. Februar tritt er seinen neuen Job als Coach für Langzeitarbeitslose an.